

Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma

Hans-Henning Schröder, Bremen

“Ein weiterer Schritt in Richtung auf Stärkung der Demokratie in Russland“, so bewertete der russische Präsident Putin vor dem Kabinett das Ergebnis der Duma-Wahlen. Das russische Volk habe abermals die Möglichkeit gehabt, das gesetzgebende Organ des Landes zu wählen und der Staat habe eine freie, ehrliche und demokratische Wahl gewährleistet.

Die Beobachtermission der OSZE, an deren Spitze die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth stand, sah das anders. In ihrer ersten Stellungnahme nach dem Wahlgang hieß es: „...die Wahlen zur Staatsduma verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. ... Das ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt.“

Der eklatante Widerspruch in der Bewertung der Wahlen zum russischen Parlament spiegelt die diametral entgegengesetzten Interessen wider: Der Präsident kann mit Genugtuung feststellen, dass die Wahlen das ihm ergebene Lager deutlich gestärkt haben, während die liberale und die kommunistische Opposition in eine schwere Krise geraten ist. Die westlichen Beobachter hingegen sind über die Methoden, mit denen dies Ergebnis erzielt wurde, irritiert. Und anders als im Jahre 1999 – wo bereits ähnliche Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung griffen – hat sich die OSZE diesmal entschieden, ihre Kritik offen auszusprechen.

Ein Erdrutschsieg für die „Partei der Macht“

In der Tat können der Präsident und seine Umgebung einen Erfolg verzeichnen, der in dieser Höhe wohl selbst für sie überraschend kam. Bei den Listenplätzen erreichte die Partei „Einiges Russland“ über 37% der Stimmen. Diese Partei war nach den Wahlen 1999 auf Drängen der politischen Führung durch Vereinigung zweier konkurrierender „administrativer Parteien“ geschaffen worden, die selbst beide erst knapp vor den Wahlen 1999 gebildet worden waren. „Administrative Parteien“ oder „Parteien der Macht“ sind Gründungen „von oben“, deren politische Bedeutung durch die Unterstützung aus der Regionalverwaltung und der zentralen Exekutive gesichert wird. Ihren Wahlerfolg verdanken sie in der Regel dem Einsatz „administrativer Ressourcen“, u.a. auch der exzessiven Nutzung der elektronischen Medien.

„Einiges Russland“ ist nicht der erste Versuch, eine „administrative Partei“ zu gründen, wohl aber der erfolg-

reichste. 1993 war die liberale Reformpartei „Russlands Wahl“, aus der später die „Union der Rechten Kräfte“ hervorging, die „Partei der Macht“, die 15% der Stimmen erhielt, aber weit hinter der rechtsradikalen, populistisch agierenden LDPR zurückblieb, für die knapp 23% der Wähler stimmten. 1995 trat eine neue „Partei der Macht“ an, doch diese, „Unser Haus Russland“, erhielt gerade 10% der Stimmen gegenüber 11% für die LDPR und 22% für die Kommunisten. 1999 gab es dann die bizarre Situation, dass drei „administrative Parteien“ gegeneinander antraten: neben „Unser Haus Russland“ das Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Russland“, das der Moskauer Bürgermeister Luschkow und der ehemalige Ministerpräsident Primakow anführten, und die Partei „Einheit (Bär)“, die der Finanzmagnat Beresowskij drei Monate vor den Wahlen zusammengeschmiedet hatte, um Jelzin und dem „Familien-Clan“ einen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen. „Unser Haus Russland“ scheiterte mit 1,2% und löste sich in der Folge auf, doch die beiden anderen erzielten mit 13% bzw. 23% aus dem Stand beachtliche Ergebnisse.

Nach der Wahl arbeiteten die „Polittechnologen“ der Präsidialverwaltung daran, die beiden Parteien zu vereinigen und, nachdem dies im Herbst 2001 geglückt war, der neuen Partei „Einiges Russland“ einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der schärfsten Konkurrenz – den Kommunisten – zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die elektronischen Medien eingesetzt, über die sich die Putin-Administration im Lauf der Jahre 2000–2001 die Kontrolle verschafft hatte, man förderte auch die Gründung von Parteien, die Stimmen von der KPRF abziehen sollten. Dazu gehörte etwa die „Partei der Pensionäre“, die bereits in ihrem Namen das Wählersegment nannte, das sie einwerben wollte, und die immerhin 3% der Stimmen erhielt. Noch erfolgreicher war die Partei „Heimat“, die erst im August 2003 von Glasjew, einem ehemaligen Reformer und zeitweiligem Kommunisten, und Rogosin, einem Außenpolitiker mitprononziert nationalem Profil gegründet wurde. Die Parteiliste stellt ein erstaunliches Sammelsurium aus namhaften Generälen und linksorientierten Politikern dar, garniert mit einem millionenschweren Banker, der als Moskauer Bürgermeister kandidierte, und dem bekannten Rechtsradikalen Sergej Baburin. „Heimat“ erreichte aus dem Stand 9% der Stimmen und war damit wohl weitaus erfolgreicher, als den Polittechnologen der Putin-Administration lieb sein konnte. Auf Kosten des Wählerpotentials der KPRF ging wohl auch die Stärkung der Schirinowskij-Partei LDPR, die ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 fast verdoppelte. Auch die Partei des

rechtsradikalen Politclowns Schirinowskij ist dem präsiden-tialen Lager zuzurechnen, so dass die Putin-Administration über mehr als 50% der 225 Listenplätze verfügt. Wie sich die 225 Direktmandate verteilen, und wie viele der un-abhängigen Kandidaten vom Präsidentenlager integriert werden können, lässt sich wohl erst im Januar nach dem Zusammentritt der neuen Duma absehen.

Liberale und Kommunisten – die großen Verlierer

Außerordentlich bedenklich ist die Schwächung der demokratischen – und nicht so demokratischen – Opposition. Der Stimmenanteil der Kommunisten sank von 24% im Jahre 1999 auf 11,6% ab, die liberalen Parteien Jabloko (4,3%) und Union der Rechten Kräfte (3,97%) blieben beide unter der 5%-Grenze und werden in der neuen Duma nur durch einzelne Abgeordnete vertreten sein, die ein Direktmandat erringen konnten. Damit bleiben gerade jene Kräfte, die am ehesten einen am klassischen Parlamentarismus orientierten Politikstil repräsentieren, vor den Türen der Duma. Jabloko und KPRF sind zudem Organisationen, die am ehesten dem Modell einer echten Mitgliederpartei entsprechen. Während die Mehrheit der anderen Parteien meist bloße „Kopfgeburen“ ohne echte Mitglieder oder „administrative Parteien“ sind, verfügt die KPRF – und teilweise auch Jabloko – über eine Basis in den Regionen. Die Schwächung von Jabloko und Union der Rechten Kräfte ist zweifellos ein Rückschritt für die Entwicklung eines politischen Lebens mit demokratischen Zügen. Doch auch die Schwächung der KPRF zugunsten so obskurer Organisationen wie „Heimat“ und LDPR kann nicht positiv gewertet werden.

Allerdings muss man eingestehen, dass die Niederlage der Opposition nur teilweise dem rücksichtslosen Vorgehen der Putin-Administration geschuldet ist. Ge-wiss wurde die KPRF in den Medien verunglimpft und gewiss spürten die beiden liberalen Parteien auch die politischen Auswirkungen der Jukos-Affäre. Doch muss man allen drei auch ein gerüttelt Maß an Mitschuld an der Niederlage geben. Die Kommunistische Partei hat sich bis heute nicht von ideologischen Fixierungen frei gemacht und hat es nicht fertig gebracht, ihren ebenso glanzlosen wie bornierten Spitzenkandidaten Gennadij Sjukanow durch jemand zu ersetzen, der für ein breiteres Wählerspektrum akzeptabel wäre. Jabloko und Union der Rechten Kräfte haben sich über lange Strecken hinweg bekämpft und gegenseitig beschädigt, anstatt sich mit-einander zu verbünden. Das Überleben aller drei Oppo-sitionsparteien wird davon abhängen, ob sie aus dieser Niederlage Lehren ziehen und sich in der politischen Landschaft neu positionieren. Wenn das nicht gelingt, wenn gerade jene Organisationen scheitern, die auf dem

Weg zur Parteibildung am weitesten vorangeschritten sind, so stellt dies zweifellos einen Rückschritt dar – kei-ne „Stärkung der Demokratie“.

Der Grad der Manipulation

Fragt man nach den Ursachen für den Wahlausgang, so ist das politische Versagen der Liberalen und der Kommunisten allerdings nur einer von mehreren Faktoren. Entscheidend war zweifellos die massive Manipulation der Öffentlichkeit vor und während der Wahlen. Sowohl Jabloko wie die KPRF zweifeln das offizielle Endergebnis an und legen ihrerseits Zahlen vor, die sie aus der Wahlbeobachtung gewonnen haben. Of-fensichtliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe waren aber nur in einem kleinen Teil der Regionen zu beobachten. Die OSZE-Mission hat erklärt, dass der Abstimmungsvorgang technisch im großen und ganzen regulär verlaufen ist. Ausnahmen bilden eine Reihe von Republiken, die sich durch eine besonders hohe Wahlbe-teiligung auszeichnen. Sie betrug z.B. in Baschkortostan zwischen 73 und 78%, in Dagestan zwischen 80 und 87%, in Tschetschenien 88% bei einem landesweiten Durchschnitt von 55,6%. Es überrascht vielleicht nicht, dass „Einiges Russland“, das landesweit 37% der Stimmen erhielt, in einem Territorialwahlkreis von Baschkor-tostan 49% der Stimmen gewinnen konnte, in Dagestan zwischen 61 und 73% und in Tschetschenien 77%. Wenn man in Rechnung stellt, dass in Baschkortostan am Vorabend der Wahlen 50.000 falsche Stimmzettel entdeckt wurden und die regionalen Präsidentenwahlen, die auch am 7. Dezember stattfanden, annulliert wurden, so liegt der Verdacht schon nahe, dass in diesen Regionen auch technisch manipuliert wurde.

Allerdings reichen solche eher schlichten Machen-schaften nicht aus, um den landesweiten Erdrutschsieg der kremlnahen Parteien zu erklären. Hier schlägt wohl eher die wohldurchdachte und rücksichtslos umgesetzte Wahlkampfstrategie der Putin-Administration zu Buche. Die elektronischen Medien wurden eingesetzt, um flächendeckend für den Präsidenten und „Einiges Russland“ zu werben. Die Kommunisten wurden systematisch dif-famiert, Jabloko und Union der Rechten Kräfte kamen vergleichsweise selten zu Wort. Auch in der Mehrzahl der Regionen konnte „Einiges Russland“ auf die Unterstüt-zung durch die örtliche Administration rechnen. Dabei schlug zu Buche, dass die Putin-Administration nach 2000 die politischen Kräfteverhältnisse erfolgreich um-gestaltet hatte: die Fernsehsender sind nach der Verdrän-gung von Beresowskij und Gusinskij durchgehend unter der Kontrolle der Exekutive. Die regionalen Eliten haben sich nach der Föderalreform und der Entmachtung des Föderationsrats angepasst – von ihnen geht keine Gefahr

für den Präsidenten aus. Die Finanzmagnaten und Großunternehmer haben sich in das System integriert – das Vorgehen von Justiz, Sicherheitsdiensten und Steuerorganisationen gegen Beresowskij, Gusinskij und Chodorkowskij ist der Mehrheit der „Oligarchen“ eine Lehre. Damit sind aber jene Gruppen, die tatsächlich in der Lage sind, auf Politik einzuwirken, neutralisiert oder integriert. Der Rest der Gesellschaft ist Objekt von Politik, er handelt nicht. Verbände, Parteien, Interessengruppen müssen sich erst langsam herausbilden – und das System Putin bietet keinen guten Nährboden für die Entwicklung einer Bürgerschaft.

Das Ergebnis der Dumawahlen ist insofern nicht wirklich eine Überraschung – es spiegelt die politischen Realitäten wider, wie sie sich in der ersten Amtszeit Putins herausgeformt haben.

Ausblick

Die Dumawahlen sind nur von begrenzter Bedeutung – die eigentliche Entscheidung fällt am 14. März, wenn der Präsident gewählt wird. Doch die Dumawah-

len geben eine gute Vorstellung vom politischen Klima und von den politischen Kräfteverhältnissen in Russland. Tatsächlich hat eine Konsolidierung der „Partei der Macht“ stattgefunden. Das Regime Putin hat eine Legitimation durch Wahlen erhalten, die im März noch einmal bestätigt werden wird. Dies ist keine demokratische Legitimation – allzu augenfällig manipuliert die Exekutive die öffentliche Meinung und beschneidet die Spielräume der Opposition. Doch es ist ein plebisitzäres Moment, das „der Macht“ zusätzliche Stabilität verleiht. Eine Verfassungsänderung, über die derzeit spekuliert wird, ist gar nicht notwendig. Mit Recht dementiert Putin jede Absicht dazu. Wie der Präsident richtig sagt – das Potential der gegenwärtigen Verfassung ist noch gar nicht ausgeschöpft. Abzuwarten ist, ob die Exekutive die plebisitzäre Legitimation nützt, um endlich lange ausstehende Reformen in Angriff zu nehmen. Sozialversicherung, Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Kriminalitätsbekämpfung, der Staatsapparat, der Elektrizitätssektor, die kommunalen Dienstleistungen – in all diesen Bereichen ist der Reformbedarf groß.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Vorläufiges Ergebnis der Dumawahlen vom 7. Dezember 2003 (Listenwahl, gesamt russisches Ergebnis)

